

Im Corona-Jahr läuft vieles anders

Interview | Die drängenden Themen der Region aber bleiben / Thorsten Frei über seine Wahlkreis-Arbeit

Schwarzwald-Baar-Kreis. 2020 war ein besonderes Jahr. Wie sieht der CDU-Bundestagsabgeordnete Thorsten Frei es? Darüber sprachen wir mit ihm im Interview.

Herr Frei, das alles beherrschende Thema war Corona. Welche Auswirkungen hat das auf Ihre Arbeit?

Meine Wahlkreisarbeit stellte sich völlig anders dar als früher. Die klassischen Präsenzveranstaltungen sind im Grunde unmöglich geworden. Und die Trennung in Sitzungswochen in Berlin einerseits und in Wochen im Wahlkreis andererseits gibt es nicht mehr, weil wir die offenen Themen auch in den Wahlkreiswochen über Videokonferenzen weiter bearbeiten. Bekanntlich bin ich in der Unionsfraktion unter anderem für den Bereich Rechtspolitik zuständig. Im Zusammenhang mit Corona waren hier viele gesetzliche Regelungen zu treffen.

Und obwohl man in Berlin Gas gibt, wartete man sowohl bei der Stadtverwaltung als auch im Landratsamt oft händeringend viel zu lange auf die neuen Verordnungen, um selbst entsprechende Beschlüsse zu erlassen... Kann man seitens des Bundes keinen Druck aufs Land ausüben?

Im Grunde genommen nicht, weil die Zuständigkeiten klar verteilt sind. Nahezu alles, was bei der Pandemiebekämpfung passiert, basiert auf dem Bundesinfektionsschutzgesetz. Die Umsetzung liegt aber in der Zuständigkeit der Bundesländer. Vieles von dem, was auf Länderebene vereinbart wird, wird in den Ministerpräsidenten-Konferenzen mit der Kanzlerin besprochen. Es ist nachvollziehbar, wenn Landkreis und Stadt darauf drängen, schnell handlungsfähig sein zu wollen. Und da ist es nicht akzeptabel, wenn man seitens der Landesregierung dann erst Stunden oder gar Minuten vor Inkrafttreten eine Rechtsverordnung erlässt. Wir sind in der Pandemie alle gezwungen, die Dinge gut und solide zu machen – aber Tempo ist dabei auch ein Wert an sich.

Letzteres lässt sich wunderbar anwenden auf den Lückenschluss B 523. Ist hier endlich alles in trockenen Tüchern?

Es sind gute Grundvoraussetzungen gegeben. Das Projekt ist im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes. Das Regierungspräsidium beschäftigt sich bereits mit der Planung. Das ist aktuell eine spannende Phase, in der viele wichtige Fragen zu klären sind. Beispielsweise, wo es Zugänge und Kreuzungspunkte gibt oder wie man diese ausgestaltet.

Klingt nach kleinen Details...

Nein, das sind ganz entscheidende Fragen. Diese Straße soll ja zwei Wirkungen entfalten: eine Umfahrungswirkung für die Stadt Villingen-Schwenningen, aber auch die Aufgabe eines Lückenschlusses, einer ganz wichtigen Ost-West-Verbindung diesseits und jenseits des Schwarzwaldes. Und da kommt es auch auf das Tempo und die Attraktivität der Straße an. Das ist insbesondere für den ganzen westlichen Schwarzwald-



Auch seine Arbeit als Bundestagsabgeordneter hat sich für Thorsten Frei zuletzt radikal verändert. Fotos: Eich

Baar-Kreis von enormer Bedeutung. Es ist auch der Lückenschluss zwischen zwei Autobahnen, der A5 im Westen und der A81 im Osten. Man kann sagen, das Ding ist auf dem Gleis, aber nichts ist sicher. Deshalb muss man die Planungen genau verfolgen.

Geht auch hinsichtlich des tatsächlichen Gleises etwas, bezüglich der Gäubahn?

Ich tu' mich schon schwer, mich hier klar zu äußern, wenn man sich diese jahrzehntelange Geschichte be-

Im Gespräch mit



Thorsten Frei

trachtet. Man ist versucht, zu sagen, da ist ja schon so viel angekündigt worden. Aber klar ist: Wir brauchen mehr Tempo. Die Gäubahn ist im Verkehrswegeplan Schiene verankert, um die 500 Millionen Euro werden dafür zur Verfügung gestellt. Jetzt geht es darum, dass man das tatsächlich auch umsetzt und diese Strecke schneller macht.

Was ist denn da der größte Bremsklotz?

Es sind viele Bremsklötze. Zunächst geht es darum, die Strecke Stuttgart – Zürich möglichst schnell durchgängig mit einem zweiten Gleis zu versehen und dadurch schneller zu machen. Ein weiteres Mittel wäre die Neigetechnik. Die wird derzeit nur in der Schweiz, aber wegen technischer Anfälligkeit aktuell nicht mehr bei uns eingesetzt. Das müssen wir klären. Bislang fährt die Gäubahn zum Hauptbahnhof Stuttgart. Das ist gut, aber genauso wichtig wäre ein direkter Anschluss zum Flughafen Stuttgart und zur Messe.

Ein weiteres großes Thema derzeit ist der Standortübungsplatz der Bundeswehr. Sie hatten schon betont, dass die Bedürfnisse der Region berücksichtigt werden müssten. Haben Sie

dazu Gespräche geführt?

Ja, ich hatte ein sehr langes Gespräch mit der Bundesverteidigungsministerin. Annegret Kramp-Karrenbauer hat Generalinspekteur Zorn damit beauftragt, sich der Sache anzunehmen. Ich habe vor allem auf die schwierige Gemengelage hingewiesen: ein relativ dicht besiedeltes Gebiet im Dreieck Überauchen, Tannheim und Wolterdingen und auch die in besonderer Weise auf Ruhe und Abgeschiedenheit angewiesene Tannheimer Nachsorgeklinik. Andererseits ist man auf Seiten der Bundeswehr ja noch in einem sehr frühen Stadium, in dem sie benennt, was wünschenswert wäre. Klar ist aber eigentlich auch, dass sich die vorgestellten Pläne so nicht eins zu eins durchsetzen lassen. Denn auch die Bundeswehr muss alle geltenden Vorschriften erfüllen, vom Immissionsrecht bis zum Naturschutz. Man muss jetzt zunächst einmal schauen, was überhaupt hier zwingend notwendig ist für die Bundeswehr. Dann muss man prüfen, ob sich die Pläne hier realisieren lassen und ob man den Standort vielleicht so verschieben kann, dass die Beeinträchtigungen für die besonders kritischen Bereiche minimiert werden. Man kann am Ende aber auch zu dem Schluss kommen, dass sich die Wünsche hier gar nicht realisieren lassen. Aber eines geht natürlich nicht: pauschal alles abzulehnen. Solche Einrichtungen will im Zweifel niemand in seiner Nähe. Sie



Für Thorsten Frei liegt auf der Hand: Einrichtungen wie einen Bundeswehrübungsplatz »will im Zweifel niemand in seiner Nähe«.

sind für unsere Sicherheit aber zwingend notwendig.

Schlagen bei dem Thema nicht zwei Herzen in Ihrer Brust? Als OB von Donaueschingen kämpften Sie einst vehement um den Verbleib der deutsch-französischen Brigade in Ihrer Stadt.

(lacht) Zunächst einmal kann ich das sehr gut abstrahieren: Ich war Oberbürgermeister von Donaueschingen und jetzt bin ich Abgeordneter des Wahlkreises Schwarzwald-Baar/Oberes Kinzigtal. Ich habe immer dort, wo ich Verantwortung getragen habe, versucht, das so gut wie irgend möglich zu tun. Der eine oder andere versucht ja heraus zu kitteln, wie viel Donaueschinger OB noch in mir steckt. Aber ich kann das wirklich sehr, sehr gut trennen. Der Donaueschinger OB heißt jetzt Erik Pauly und macht seine Sache ganz hervorragend. Die Interessen Donaueschingers zu vertreten ist also nicht meine Aufgabe und auch nicht meine Zielrichtung. Als Bundestagsabgeordneter habe ich aber schon auch eine Verantwortung – nicht nur für meinen Wahlkreis, sondern – so steht es in der Verfassung – auch als Vertreter für das ganze deutsche Volk. In den ersten fünf Jahren meiner Tätigkeit in Berlin war ich ja für Außenpolitik zuständig. Daher verrete ich auch die Ansicht, dass wir in einer komplizierter werdenden Welt auch etwas für unsere Sicherheit tun müssen. Wir brauchen eine gut ausgebildete und gut ausgestattete Bundeswehr. Deshalb tue ich mich als Abgeordneter und Staatsbürger schwer, zu sagen: Ja zu einem Übungsplatz, aber nicht bei uns. Man muss versuchen, verträgliche Lösungen zu finden. Ich betreibe das Ganze ergebnisoffen.

Ergebnisoffen ist aktuell auch die Suche nach einem Standort für ein Atommüllendlager, unsere Region zeichnet sich durch tollen Granitboden aus.... Tragen die Bürger diesbezüglich Sorgen an Sie heran?

Erstaunlicherweise nicht! Ich habe damit eigentlich gerechnet. Ich würde aber auch sa-

gen, es besteht keine akute Gefahr. Wir gehören zur Hälfte Baden-Württembergs, die grundsätzlich geologisch in Betracht käme. In jedem Schritt dieses Prozesses kommen weitere Kriterien hinzu und scheiden Flächen aus. Deshalb sind jetzt noch ganz viele Flächen geeignet, die am Ende aber sicher nicht in Anspruch genommen werden.

Eine wirklich große Sorge vieler aber gilt unserer Wirtschaft. Geraten unsere Automobilzulieferer mit ihrer Technologiekrise in Zeiten der Corona-Krise, ins Hintertreffen?

Die Corona-Pandemie wirkt in vielen Bereichen wie ein Brandbeschleuniger, im Positiven wie im Negativen. Das Diesel-Bashing habe ich nie verstanden. Wir bauen in Baden-Württemberg den weltweit besten Dieselmotor. Und diese Technologie ist teilweise so weit fortgeschritten, dass wir es mit sauberen Motoren zu tun haben. Ich will nichts gegen die Elektromobilität sagen. Aber ganz entscheidend ist natürlich, wie der eingesetzte Strom gewonnen wird. Hinzu kommen die Probleme einer umweltverträglichen Fertigung und Entsorgung der Batterien. Wir wissen auch nicht, ob das batteriebetriebene Elektrofahr-



Die Automobilzulieferer der Region sind in einer besonderen Lage. Foto: Schutt

zeug tatsächlich die Antriebstechnologie der Zukunft ist. Deshalb hat die Bundesregierung in ihrem jüngsten Investitionsprogramm zur Sicherung der Wirtschaftsstrukturen 50 Milliarden Euro für die Entwicklung von Zukunftstechnologien bereitgestellt, um nicht geschwächt, sondern gestärkt aus der Krise hervorzugehen.

Worum geht es denn nun für Sie? Ist ein weiterer Karrieresprung in Sicht? Sie kennen mich ja nun gut...

....um zu wissen, dass ich Sie das frage und Sie mir dazu nichts sagen werden?

(lacht) Ja, und vielleicht glauben Sie mir ja inzwischen auch, was ich Ihnen seit 16 Jahren erzähle, nämlich, dass ich keinen persönlichen Masterplan verfolge. Das macht auch bei dem, was ich gerade in Berlin mache, keinen größeren Sinn. Entscheidungen hängen von so vielen Faktoren ab, die man selbst gar nicht bestimmen kann. Ich verfolge die Strategie, die ich schon immer hatte – das was ich mache, möglichst gut zu machen. Wenn man sein Geschäft gut macht, gibt es gute Aussichten, dass man das, was man macht, auch zukünftig weitermachen darf. Ich bin sehr glücklich, mit dem, was ich mache – und alles weitere wird sich geben.

■ Die Fragen stellte Cornelia Spitz